

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Gottlingen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen frants
Geldpostliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrespreis von
Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3 — für Deutschland (Kreuzband)
Fr. 1.70 für Österreich (Kreuzband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Zusätze
die beigepackten Zeitungs-
blätter — 20 Bllg.

Nr. 39.

Donnerstag, 25. September.

1884.

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, besorgt wird und die dortigen Verhältnisse sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und auf unsere Briefmarkenregelung zu achten, die Briefmarken über den wahren Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptverkehrsrichtung ist hiera einseitig, das unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits ist, daß auch aus möglichst unverschämte Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs geheimer Sicherheit Retentionen. Sozial an und liegt, werden wir gewiß wieder Wege nach Kosten suchen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten und Korrespondenten regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zum 28. Oktober.

Der Wahltermin ist nunmehr festgesetzt. Am 28. Oktober finden die Neuwahlen zum deutschen Reichstag statt.

Diese Nachricht wird die Genossen überall, mit so großem Eifer sie sich schon vorher den Arbeiten für den Wahlkampf hingeworfen haben, zu verdoppelter Thätigkeit anspornen. Sie können jetzt die Zeit bemessen, die sie noch von dem Tage trennt, der ein Siegestag in der Geschichte des deutschen Proletariats, des Proletariats aller Länder sein muß und auch sein wird.

Er muß ein Siegestag sein. Er muß zeigen, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands noch in ungebrochener Kraft dasteht, ihrer Ziele, ihrer Aufgaben zu jeder Zeit eingedenk, daß sie nicht nur an Terrain nicht eingebüßt, sondern auch diesmal erheblich gewonnen hat. Er muß ein Siegestag sein, damit die Gegner der Arbeiterschaft nicht entmutigt, die Arbeiter selbst nicht entmutigt werden; damit die Ersteren nicht entmutigt werden, ihre Politik der Unterdrückung, der Einschüchterung, der Verfolgung einerseits und der Täuschung, der falschen Versprechungen, der Korruption fortzusetzen, die Arbeiter dagegen nicht entmutigt werden in ihrem Widerstande gegen diese einseitige, korruptive Politik. Er muß der Arbeiterklasse das Bewußtsein ihrer Kraft beibringen, indem er ihr zeigt, wie stark das Heer ihrer Vorkämpfer angewachsen.

Nur das Bewußtsein der eigenen Kraft gibt den Mut, dessen die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen die Welt der Ausbeutung, die ihr heute gegenübersteht, bedarf. Sie hat nicht auf fremde Hilfe zu rechnen, sondern kann ihre Befreiung nur durch sich selbst erwarten. Was ihr der heutige Staat freiwillig gibt, sind nur Knochen, daran sie sich die Zähne ausbeißten soll; nur als kämpfende Macht kann sie zu ihrem Recht gelangen.

Wir sprachen von dem Mut, dessen die Arbeiterklasse bedarf. Wir haben das Wort absichtlich gewählt. Wie im wirklichen Kriege jeder einzelne Soldat ein Löwe an Mut sein kann und doch das gesamte Heer ausreißt, weil ihm das Bewußtsein von seiner Kraft gegenüber einem anderen Heere fehlt, so auch in den Kämpfen unseres politischen Lebens. Der Mut des Einzelnen ist eine sehr alltägliche Sache; worauf es ankommt, ist der Mut der Gesamtheit, der Klasse.

Der 28. Oktober muß ein Siegestag für die Arbeiterschaft sein, weil der politische Niederlage der Arbeiterschaft die wirtschaftliche auf dem Fuße folgen würde — ein Rückgang in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist aber gleichbedeutend mit einem Rückschritt in der Kultur der Menschheit.

Denn die Arbeiterschaft ist heute die echte, wahre Trägerin der Kultur, des Fortschritts, die Arbeiterpartei kämpft den wirklichen, echten Kulturkampf der zivilisierten Menschheit, diesen Kampf, dessen Ziel ist die auf der Gleichheit und Solidarität aller begründete Gesellschaft: der Kommunismus.

Der Kommunismus, den die Vertreter der alten Gesellschaft als das Grab der Freiheit hinstellen, er wird den Millionen, die heute in der Knechtschaft schmachten, die heißersehnte Freiheit geben, er wird die Menschheit erlösen von den Fesseln, welche die Herrschaft des Kapitals ihr geschlagen.

Wessen Freiheit bedroht der Kommunismus? Die einer Handvoll Menschen, welche sich einbilden, die menschliche Gesellschaft zu vertreten, weil sie, Dank ihres Selbstbeutels, über das Wohl und Wehe derselben verfügen. Fragt aber die Millionen von Proletariern, ob sie frei sind! Ob im despotischen Rußland oder im republikanischen Amerika — sie sind Sklaven. In der Fabrik Sklaven der Maschine — die Maschine, die Beherrscherin der modernen Produktion, duldet keinen Willen —, außerhalb der Fabrik Sklaven der Geschäftskonjunktur. Gleich willenlosen Geschöpfen werden sie mittelst der Konjunkturen des Arbeitsmarktes hin- und hergeworfen, nur eine Freiheit gibt es für sie: die des Verhungerns.

Nur eine Gesellschaft, welche durch Regelung ihrer Gesamtproduktion die Unmenschlichkeit von Produktivkräften freisetzt, die im Schooße der heutigen, auf Produktionsanarchie beruhenden Gesellschaft gebunden ruhen, nur die auf kommunistischer Basis wirtschaftende Gesellschaft kann und wird allen ihren Mitgliedern die höchstmögliche Freiheit gewähren. Für einen privilegierten Nichtsthuener mag der Gedanke allgemeiner Arbeitspflicht etwas Furchtbares haben, für die große Masse heißt er die Erlösung von der Knechtschaft.

Nur ein Partein à la Söder, nur ein Taschenspieler à la Richter, nur ein Ignorant à la Köller kann davon reden, daß die Sozialdemokratie ihre wahren Ziele verberge, daß die For-

berungen, für welche sie heute eintrete, nur eine Maske seien, hinter welcher sie ihr wahres Gesicht verberge.

D nein, ihr Herren, die Sozialdemokratie bedarf keiner Maske, weder des christlich-religiösen Bettelmantels, um gewisse Schnapsbrennerinteressen dahinter zu verbergen, noch des rothgefärbten Manchesterkosüms, um gewisse Geldsackinteressen in glänzender Lichte erscheinen zu lassen. Die Sozialdemokratie gibt sich, wie sie ist, sie hat nichts zu verhehlen; und daß nicht sie es ist, welche die offene Darstellung ihrer Endziele zu fürchten hat, zeigt die Thatsache, daß man ihr das Verbot derselben vermittels eines unsamen Ausnahmengesetzes verboten hat. Nur das Fälschen unserer Ziele ist heute in Deutschland gestattet — noch mehr: der Fälschung die Wege zu ebnen, das ist der Zweck des Sozialistengesetzes.

Fälschung, das ist die Devise der heutigen Gesellschaft, Fälschung und Betrug, Lüge und Heuchel, wohin wir nur blicken. Wie wurde die Fälschung der öffentlichen Meinung mit größerer Raffinität betrieben, oder richtiger: nie machte sich die Heuchel breiter als in unseren Tagen. Sie jammern und heulmeiern über den Materialismus unserer Tage, und ihr ganzes Sinnen und Trachten ist auf die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse gerichtet; sie zetern über den Tanz um das goldene Kalb und liegen auf dem Bauch vor dem Gott Profit; sie predigen christliche Liebe und möchten am liebsten die Scheiterhaufen wieder anzünden, sie singen von Männerstolz vor Königsthronen, und keine Zeit sah ein jammervolleres Eumuchenium als die unsrige.

Wahrlich, nicht nur eine politisch-soziale, sondern auch eine moralische Neugeburt der Gesellschaft ist von Nothen. Diese aber ist noch nie von einer im Untergang begriffenen Gesellschaftsklasse ausgegangen, nur eine aufstrebende Klasse besitzt die dazu erforderlichen Eigenschaften.

Und auch darum ist der Sieg der Arbeiterklasse eine Nothwendigkeit, und auch darum muß der 28. Oktober ein Siegestag für die Sozialdemokratie sein.

Und er wird ein Siegestag für sie sein, wenn alle Genossen, alle Freunde der Arbeiterschaft, alle, welche im Kampfe zwischen Unterdrückten und Unterdrückern auf Seite der Ersteren stehen, ihre Schuldigkeit thun.

Arbeiter Deutschlands! Ihr seid auf's Neue in die Lage versetzt, Eure Stimme geltend zu machen für Eure Befreiung aus dem Joche politischer Knechtschaft und wirtschaftlicher Unterdrückung. Achtet diesen Moment nicht für gering, was Euch auch von Seite Eurer Feinde, von Seite abenteuerlicher Demagogen dagegen vorgeschworen werden möge. Laßt Euch weder durch das Verprechen momentaner Vorteile noch durch den Hinweis auf die kommende Revolution beirren. Die momentanen Vorteile werden um so größer sein, je energischer Ihr für die Sache Eurer Klasse eintrittet, die Revolution aber, das heißt die gesellschaftliche Umwälzung im Sinne des Sozialismus, wird durch den Wahlkampf weder aufgehalten, noch macht sie ihn überflüssig. Ihr seid die Träger einer gewaltigen Kulturbewegung, eine weltgeschichtliche Mission ist es, die Ihr zu erfüllen habt, — zeitig, daß Ihr Eurer Aufgabe gewachsen seid! Benutzt die Zeit des Wahlkampfes zu unablässiger reger Agitation unter Euren Kollegen, Euren Freunden! Jeder werde ein Agitator, ein Werber für unsere Sache! Bleibe Keiner zurück, in der Meinung, auf ihn komme es nicht an! Es kommt auf Jeden an, gerade bei der Arbeiterklasse. Was Ihr seid, seid Ihr durch die Zahl vereint! Nichts — und wäret Ihr Helden an Kühnheit — vereint Alles!

Und Ihr Freunde und Genossen im Ausland, Ihr habt die Pflicht, in allen Kreisen, wo Ihr nur könnt, für Eure kämpfenden Brüder im Reich Beiträge zu sammeln. Der Kampf wird ein heißer, unsere Feinde werden Alles aufbieten, die entschlossensten Kämpfer außer Schußlinie zu setzen, Drohung, Einschüchterung, Maßregelung — kein Mittel werden sie unversucht lassen, unsern Sieg zu verhindern. Unsere Feinde wissen, was für sie auf dem Spiele steht, seien auch wir uns dessen bewußt! Es wird Gemahrigkeit zu unterstützen, Verfolgung zu schützen, Mächtigungen zu durchkreuzen geben — zu Allem gebrauchen unsere Genossen Geld. Schafft daher Geld, es ist die unentbehrlichste Munition im Kampfe!

Kaum fünf Wochen trennen uns vom Wahltage; sie werden schnell vorüber sein. Widmet Euch daher in dieser Zeit ganz der großen Aufgabe, vor die unsere Partei sich gestellt sieht. Je mehr Eure Pflicht erfüllt, um so größer wird Eure Genugthuung sein, wenn es am 28. Oktober auf der ganzen Linie heißt:

„Erheblicher Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen.“

Auf zum Kampfe, wir müssen siegen!

In Sachen der Börsensteuer

bitte ich Sie, mir nochmals die Spalten zu öffnen, zuvörderst um zwei schlimme Druck- oder vielleicht auch Schreibfehler zu corrigieren, die sich

in den Artikel: „Wie stellen wir uns zur Börsensteuer“ in Nr. 37 eingeschlichen haben.

1) Sollte es im vierten Absatz statt 15 Pfennige auf 100 Mark 12 Pfennige auf 100 Mark heißen, und

2) ist am Schluß meiner Einwendung das Wörtchen „nicht“ zu streichen, so daß der Satz heißt: „Würde der Entwurf Gesetz werden, so wären die Folgen“ etc.

Und nun zur Sache selbst! Sie fragen, was soll die Börsensteuer, und antworten: Der Regierung eine bedeutende Mehreinnahme verschaffen. Sie sagen: Ein pommerischer Junker war es, der den ersten Börsensteuerentwurf einbrachte. „Es ist ihm der Fein des sogenannten immobilien gegen das mobile Kapital, der in ihrer heissen Ausdrucks findet. Und wenn wir auch keine Ursache haben, das Bektere zu lieben, so verpflichtet uns dieser Umstand noch nicht, dem Ersteren Liebesdienste zu leisten.“

Das ist Alles ganz richtig; aber Gründe, hinreichend, und zu veranlassen, die Börsensteuer freischweg von der Hand zu weisen, sind das trotzdem noch lange nicht. Ich denke, uns sollte es ziemlich Wurst sein, wer irgend einen Vorschlag macht, und aus was für Motiven ein Vorschlag gemacht wird. Ich denke, wir sollten an jedes Projekt, das an die Öffentlichkeit tritt, nur einen Maßstab legen, den nämlich, zu fragen, zu untersuchen:

1) Ist aus diesem Projekt etwas herauszuschlagen zu Gunsten des Arbeiterstandes?

Wenn ja, dann sind wir dafür, wenn nein, dann sind wir dagegen. Legen wir jetzt einmal diesen Maßstab an den Börsensteuerentwurf! Die Börsensteuer würde große Summen: 40, 50, 60 Millionen, vielleicht noch mehr, jährlich einbringen. Und auf wem würde sie lasten? Auf dem Arbeiterstand nicht, sie würde das mobile Kapital treffen. Was soll aber mit dem vielen Gelde geschehen? Die Reichsregierung möchte es in ihren großen Sack stecken zur Stütze des Militarismus. Dafür sind wir natürlich nicht zu haben.

Darüber brauche ich doch wahrlich im „Sozialdemokrat“ nicht mehr viel Worte. Räufen wir nun aber, weil die Regierung das vor hat, die Börsensteuer einfach zu verwerfen? Könnten denn die Erträge der Börsensteuer nicht auch zu guten Zwecken verwendet werden? Der Arbeiter zahlt 6 Pfennig auf jedes Pfund Glas, 20 Pfennig auf jedes Pfund Kaffee, 3 Pfennig auf jedes Glas Bier, und jetzt ist die Regierung gekommen und hat bewiesen, daß die Millionen, die durch die Salz-, Kaffee- und Ralssteuer größtentheils aus dem armen Mann herausgesprengt werden, vermittels der Börsensteuer bei den Bierstößeln, Halb- und Ganz-Millionären spielend zu holen wären und wir, wir sollten nicht aus voller Kehle schreien:

„Her mit der Börsensteuer zur Entlastung des Arbeiterstandes!“

Denn die Regierung eine progressive Einkommenssteuer verlangen würde, „bafür“, schreiben Sie, „würden wir eintreten, natürlich unter der Voraussetzung unseres guten Freundes: Abschaffung aller indirekten Steuern.“ Nun, die Börsensteuer wäre — immer unter der bekannten Voraussetzung — einfach eine Abschlagzahlung auf unsere Programmforderung, auf die progressive Einkommenssteuer, und zwar eine Abschlagzahlung, die uns mächtige Bundesgenossen werden würde für den Kampf um den Rest der Forderung. Die Börsensteuer würde nämlich die Börsenjobber ohne Zweifel härter treffen als eine sehr progressive Einkommenssteuer. Die Jobber würden daher, sobald sie durch die Börsensteuer eine Zeit lang ordentlich gestriegelt worden wären, sicherlich mit Feuereifer für den Ersatz der Börsensteuer durch die progressive Einkommenssteuer, von der sie jetzt nichts wissen wollen, eintreten. Sie wären für einen solchen Tausch, nicht nur weil sie selbst dann billiger davon kämen, sondern auch aus Haß gegen die Junker und Bureaukraten, die die Börsensteuer angeragt haben, und die unter der progressiven Einkommenssteuer selbst auch gehörig bluten müßten. Wir nehmen sonst Abschlagzahlungen an, warum nicht auch auf die progressive Einkommenssteuer?

Ich will mit einem Bild schließen: Die Reichsregierung verlangt von dem deutschen Volk eine Scheere, um damit den Wolf und den Bär, den Löb und den Adler und alle anderen Raubthiere, die an der Börse hausen, zu scheeren. Was sollen wir auf dieses Verlangen antworten? Ich denke folgendes: Es ist zwar ein Unrecht, die Börsenwölfe allein zu scheeren; es gibt noch viele andere Raubthiere, die auf Schlössern und Burgen, in Ministergetöls und sonstigen Regierungsgedäuben ihr Wesen treiben, die auch sehr wollig sind und die von Gotts- und Rechtswegen über denselben Mann geschoren gehören. Da aber die Regierung sich darauf partout nicht einläßt, und Niemand anders als das Börsengethier scheeren will — weil die Herren sich sonst in's eigene Fleisch schneiden würden — so wollen wir uns vorderhand, bis auf Weiteres auch damit begnügen. Eine Bedingung knüpfen wir aber an die Bewilligung: die Wölfe muß dem armen Manne gehören. Unter dieser Bedingung bewilligen wir die Scheere — die Börsensteuer — sonst natürlich nicht.

Ich hoffe, mit dieser Ansicht nicht allein zu stehen. J. a. c. s. o. n.

Denn unser Freund „J. a. c. s. o. n.“, der ja „vom Handwerk“ ist, als Geschäftsmann in gleicher Weise spekuliert wie hier als Politiker, so könnten wir ihn nach demselben Muster nur den wohlgemeinten Rath geben: Gehe hin und laß Dich taufen!

Also die Börsensteuer ist eine Abschlagzahlung auf die progressive Einkommenssteuer, denn — die Börsenjobber würden... mit Feuereifer für den Ersatz der Börsensteuer durch die progressive Einkommenssteuer, von der sie jetzt nichts wissen wollen, eintreten.“ Lieber Freund „J. a. c. s. o. n.“, die Börsensteuer ist die Börsensteuer und nichts anderes. Sie soll der Reichsregierung Mehrereinnahmen liefern — 60, 100 Millionen, wenn Sie wollen. Ob die Mehreinnahme durch eine Erhöhung der Einkommenssteuer für die oberen Klassen oder auf anderem Wege erzielt werden soll, kann doch nur für Den in Frage kommen, der sie überhaupt bewilligen will. Das ist die entscheidende Frage. Sobald sie bei Seite lassen und darüber tisteln, welche Steuer die angenehmere oder gar die populärere sei, haben wir schon halb verlorenes Spiel. Die schlauen Politik können wir den Nationalliberalen überlassen. Wir irren dann bestens für eine solche Abschlagzahlung.

Wir sollen vorderhand mit der Börsensteuer „begnügen“. Ja, verlangen wir denn eine neue Steuer, wir, die wir bei der Verwendung derselben nichts dreinzurechnen haben? Oder verlangt nicht just dieselbe Regierung die Steuererhöhung, die uns läßt und verfolgt, verlangt sie nicht zu Zwecken, die wir bekämpfen?

Unsere Programmforderung ist nicht Abschaffung der Börsensteuer und Ersatz derselben durch die progressive Einkommenssteuer, sondern Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer

progressiven Einkommenssteuer. Nun, daß die Herren Börsenspekulanten „mit Feuerwerk“ für die Abschaffung der Börsensteuer eintreten würden, darin stimmen wir mit Freund „Joaquim“ überein. Weiter aber nicht. Wie wir dieselben kennen, werden sie zu jedem andern „Ersatz“ eher zu haben sein als zu einer Lösung der Steuerfrage in unserem Sinne. Weit eher als eine Abschlagszahlung auf die progressive Einkommenssteuer ist die Börsensteuer eine solche auf weitere indirekte Steuern — wenigstens bei der heutigen politischen Sachlage. Und mit der haben wir zu rechnen.

Dies ist wenigstens unsere Meinung. Und nun zum Schluß noch ein Wort.

Die Börsensteuer ist zweifelsohne bei der großen Masse in Deutschland populär, und wir begreifen es, daß es denen von uns, die auf diese Weise einzurichten haben, ohne doch die Möglichkeit zu haben, sich offen auszusprechen zu können, untauglich erscheint, rundweg gegen sie Stellung zu nehmen. Daß wir sie ablehnen müssen, steht für uns außer Frage, dagegen fällt es uns nicht ein, den kämpfenden im Reich die Vorschriften darüber machen zu wollen, wie sie die Ablehnung, abgesehen vom Hinweis auf unser Programm, motivieren. Das ist ihre Sache.

Und wenn unsere Polemik mit Freund „Joaquim“ kein anderes Resultat gehabt hat, als die wesentlichen Gesichtspunkte, die in dieser Beziehung in Frage kommen, zur Erörterung zu bringen, so hat sie ihren Zweck erfüllt. An den Genossen ist es, sich zu entscheiden.

Briefe über Logik.

II. Serie. 7. Brief.

Durch Eintheilung endlich der Arbeit in Natur- und Menschenarbeit, durch Unterabtheilung der Menschenarbeit in freie und versklavte, durch weitere Trennung der versklavten (unter der Lohnarbeit als Art figurirt), durch Eintheilung der Arbeit in produktive und unproduktive, aufgeschichtete todte und gegenwärtige lebendige, in Konkurrenz- und unfunktionfähige u. u. haben wir etwas Licht in die Arbeit des Kapitalismus und der kapitalistischen Dekonomie gebracht.

Dies soll daran offenbar werden, wie der Intellekt ein Eintheilungs- vermögen, wie die Logik eine schematische Wissenschaft ist. Ich mache keinen Anspruch darauf, die hier ein schulgerechtes Schema der National- Dekonomie aufzustellen, sondern es genügt mir der Nachweis, daß diese Wissenschaft, wie jede andere, etwas Schematisches ist. Die rechte Eintheilung gibt die rechte Erkenntnis. Je vollständiger die Gruppierung, je weitergehender der aufgeführte Stammbaum einer Sache, um so effektvoller ihre Erhellung.

Dabei dient mir, wie gesagt, der effektvolle „Fortschritt und Armut“ des H. George, um zu zeigen, daß wir eine ökonomische Eintheilung besitzen, welche einen noch helleren Effekt macht.

In den früheren Tagen Californiens, wie demnach in Australien, fand der Goldgräber im Hübel oder an der Uferfläche die glänzenden Partikel, welche der langsame Prozeß der Natur seit Jahrhunderten aufgeschichtet hatte. Mit denselben las er seinen „Lohn“ von der Erde auf oder wusch ihn aus, als leichtflüchtiges Gold. Weil die Münze rar war, mußte Goldstaub, nach Gewicht veräußert, als Zirkulationsmittel dienen, und so hatte der Arbeiter am Ende des Tages in einem Lederbeutelchen seinen Lohn im Saß.

Hier kann kein Disput darüber stattfinden, ob solcher Lohn vom Kapital vorgeschossen war; er rückte offenbar genug von der Arbeit her. Ebensonst gibt es zu disputieren, wenn der Eigner eines besonders reichen Terrains gedungene Leute arbeiten läßt, und sie mit demselben Goldes läßt, welches ihre Arbeit aufgeschichtet hatte.

Fortschreitend exemplifizirt H. George weiter, wie das, was beim Goldgräber augenscheinlich ist, in derselben Weise bei jeder Lohnarbeit, wenn auch verfeinerter, stattfindet. Ueberall bringt der Arbeiter dem Kapitalisten zuerst das, wozon er hintennach gelohnt wird. Nicht von der vorgangenen todt, sondern von der gegenwärtigen lebendigen Arbeit empfängt er seinen Anteil.

Und doch ist die Unterabtheilungslust unseres Freundes in diesem Falle wieder sehr mangelhaft, weil zwischen dem Produkt des Goldgräbers und anderen Produkten ein fulminanter Unterschied existirt, der nicht gewürdigt ist.

Gold ist Geld, aber andere Produkte müssen häufig lange suchen und vielfach vergebens, bevor sie gelten. Geld, sagen die Wucherer, ist eine Waare wie andere Waaren, und H. George denkt auch so: der Arbeiter tauscht mit dem Kapitalisten, jener gibt seine Arbeitskraft und dieser sein Geld, das eine ist somit werth wie das andere. — Obgleich dieser Redensart etwas Wahres zu Grunde liegt, sage ich doch: Kein! Gold, der Geldstoff, ist keine Waare wie andere. Er ist Herrgott unter dem Waarengesinde. Silber ist auch göttlich, Nickel gehört zur Dreifaltigkeit und Kupfer in's vierblättrige Kreuz. Dann kommen andere Leuzante Waaren, die, wenn nicht göttlich, doch der Gottheit näher stehen, bis zum Schluß auch endlich der gemeine Waarenpreis die Bestimmung hat, später ewig fest zu werden. Die Goldwaare besitzt die Seligkeit per se, die anderen müssen sie erst sich noch verdienen.

Geld ist eine sehr bedeutende ökonomische Kategorie; es für eine Waare nehmen, wie andere Waaren, heißt Geld platt schlagen. Andere Waaren müssen erst noch suchen, ob sie zur Geltung kommen, ob sie einen Käufer finden; aber die Goldwaare gilt überall und allezeit, hat absolute Geltung und heißt eben darum Geld.

Ich habe wohl die Philosophen sagen hören, daß der Mensch nicht die Liebe, sondern die Furcht der Menschen habe. So ist es auch mit der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; es sind, wenn auch keine tastbaren, so doch wirkliche, wirksame Mächte, welche die Menschenwelt beherrschen. Das ökonomische Gesetz, daß Jeder, die zusammen arbeiten, mehr leisten, wie dieselben Jern, wenn Jeder seinen eigenen Zehnt und eigenen Acker gräbt, ist ohne weitere Mystifikation eine „höhere Macht“, welche die Menschen über Wissen und Willen zur Theilung der Arbeit getrieben; daß diese Theilung einen gewissen brüderlichen Sinn hat, bekundet der Produzent durch Verkauf, der Konsument durch Kauf, beide, indem Jeder nicht von seinem Privatprodukt, sondern vom Gesamtprodukt der ökonomischen Gesellschaft lebt. Das Bedürfnis brüderlicher gemeinsamer Arbeit hat sich im Tauschhandel und in der Selbstwirtschaft einen ersten rohen und sinnlichen Ausdruck gegeben.

Obgleich nun Geld Waare und Waare Geld ist, will doch die Geldwaare vornehmlich unterschieden sein. Wenn der Besitzer ein Goldmine seine Arbeiter mit ihrem eigenen Produkt lohnt, so ist das ein ganz jüdisches Benehmen; doch darfst Du nicht schließen, wie H. George, daß anderswo und allgemein die Arbeiter mit ihren eigenen Produkten gelohnt werden; sie würden sich ernstlich bedanken vor solcher Barbarei. Der moderne Produzent will Geld haben für seine Waare. Geld ist zwar auch Waare, aber eine sehr eigenthümliche, deren spezielle Erkenntnis ganz speziell zur Erkenntnis der heutigen Wirtschaft, der Konkurrenzwirtschaft, gehört.

Der Bauer, sagt Marx, gehört zu derselben Klasse, welche innerhalb der Jivivilisation die Barbarei vertritt, d. h. er steht noch so ziemlich außerhalb der Gesellschaft, weil er sein eigener Produzent und Konsument ist. So wie er sich genügt findet, mehr und mehr von seinem Produkt zu versichern oder zu verpachten, wird er auch mehr und mehr ein Mitglied der Konkurrenzbrüderlichkeit. Die Arbeit der fabelhaften Armenischen, wo jeder selbst produziert, was er selbst konsumirt, war barbarisch. Der direkte Tauschhandel war ein unbeholfener Fortschritt, ein Kompagniegeschäft zu zweien. Die Selbstwirtschaft endlich ist das erste Zeichen allgemeiner sozialer Brüderlichkeit.

Der freie Waare, und wäre es auch die Arbeitskraft, verkauft, zeigt sich als Bruder einer Gesellschaft, welche die für intelligente Leute sehr seltene Eigenschaft hat, nicht planmäßig entstanden zu sein, wie die Thiere im Paradies, sondern darwinistisch, wie die meisten Thiere in schmerzlichen Kämpfen und andererseits die grauen aus der unbedeutenden grauen Erde des Südens. Wäre unsere Gesellschaft planmäßig konstituirte, so wäre Gold und Silber wohl ebenso schön und glänzend, aber sie wären nicht Geld. Jetzt muß Jeder seine in Waare verwandelte Arbeit verkaufen, gegen Geld veräußert haben, bevor er sie genießen kann. Die Geldwaare ist die, welche über andere Waaren in Gericht sitzt und Urtheil spricht, ob und inwiefern die ihnen angethan Arbeit eine „gesellschaftlich notwendige“ gewesen ist. Die Gesellschaft verlangt von ihren Produzenten, daß sie ihre Arbeitszeit nicht verunzieren, nicht überflüssig und nicht ungeschickt, sondern konkurrenzfähig verwenden. In einer planmäßigen ökonomischen Brüderlichkeit würde auch Plan in der Arbeit sein, Jeder würde zeitgemäß arbeiten, jedes Produkt wäre ein besterter

gesellschaftlicher Artikel, während jetzt der goldene oder silberne Erbführer kommen muß, um aus meinem Leder die hundert und mehr Nieten zu schneiden, welche mein zivilisiertes Bedürfnis zu seiner Befriedigung erfordert.

Du siehst den H. George auch diesmal wieder in dem unhistorischen Jertum befangen, es sei das Gold heute noch dieselbe Sache, wie damals, als Daphnis oder Chloe dem Erfinder der Röhre den ersten Ruf gab. Unterdessen hat das Gold neben den schönen Eigenschaften, die es von Natur gerbt, noch viel mehr schöne Eigenschaften durch das Amt empfangen, das ihm die Dekonomie übertrug.

Das Geldamt hat die Aufgabe, unsere ungeschickten Produkte, welche à la Robinson produziert sind, in brüderliche Produkte zu verwandeln. Jeder soll nicht nur konsumiren dürfen, was er sich einseitig erarbeitet, sondern es soll seine Arbeit eine Stütze der Gesellschaft sein, welche ihm erlaubt, dafür Kaffee aus Java zu trinken und dazu Reis aus Carolina zu essen. Auch soll Jedem nach dem Maße dessen, was er leistet, wieder gemessen werden. Aber weil solch brave Jode nur erst noch wilder und blinder Naturtrieb und nicht bemußte Absicht war, konnte sie nur in verdrehter Weise, anfänglich als Tauschhandel und jetzt immer mehr und mehr in der alle Welt dominirenden Geldwirtschaft sich äußern. Das Geld hat die Aufgabe, die isolirte Arbeit, welche den Produkten angethan wurde, als soziale Arbeit fähig zu machen. Wenn ich mein Leder zu Geld mache, ist meine Spezialarbeit in Generalarbeit verwandelt, die nicht aus Leder, sondern aus allem Möglichen besteht, was der Mensch Herz begehrt.

Wie gesagt, es ist eine brave Idee, die Menschen brüderlich arbeiten zu lassen, nur die Form, welche einen goldenen Fetisch an die Stelle der Brüderlichkeit setzt, ist verdreht. Dabei vermag in etwas zu trüben, daß der Kern der Sache das ist: die Arbeit soll keine Robinsonade, sondern ein zusammenhängendes, gemeinschaftliches Werk sein, wo Jeder nach seiner Leistung gelohnt wird. Diese ökonomische Idee hat der Weltgeist konzipirt, nicht der mystische, sondern der darwinistische, der mittels Kampf um's Dasein Zweck und Ordnung in die Dinge bringt.

Demnach ist die heutige Arbeit eine organisirte, jedoch von so holperiger Organisation, daß die Arbeiter nicht mit dem Ertrag der Arbeit gelohnt, sondern wie eine Waare behandelt werden, welche durch die Konkurrenz auf den möglichst kleinsten Kostenwerth heruntergedrückt wird.

Wie ich in den vorhergehenden Briefen gezeigt habe, daß zur Erhellung der Dekonomie es nöthig ist, zu thun, was H. George zu thun unterlassen hat, nämlich: Arbeit, die sich lohnt, von der Lohnarbeit zu scheiden, so gilt es hier, die fürstliche Geldwaare, gleichviel ob dieselbe aus Gold, Weizen oder Pelzwert besteht, vom Waarenpreis zu distinktuiren. Dabei ist es eine logische Forderung, wie überhaupt, so auch hier den Unterschied, diesmal den Unterschied zwischen Geld und Waare, nicht zu überstreichen. Jede gemeine Waare hat den Marktschlag im Tornister. Jedes Produkt, welches auf den Markt zum Verkauf kommt, ist als isolirte Arbeit angekreist und will doch soziale Geltung haben, will, wie Geld, als allgemeiner Werth behandelt werden. Als der erste Urflüchtiger und Urflüchtiger zusammen handelten, war schon derselbe Geist im Spiel, der heute im Gelde spielt, der getrieben hat, die Arbeit zu einem brüderlichen Werk zu machen.

In der Unterscheidung zwischen Geld und Waare ist die Differenz nicht ohne Gemeinsamkeit und das Gemeinsame nicht ohne Differenz zu fassen — so will es die Logik.

J. Dieckgen.

Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 24. September 1884.

Aufgepaßt! Wenn diese Nummer in die Hände unserer deutschen Genossen gelangt, wird die gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Auslegung der Wahllisten an den meisten Orten bereits erfolgt sein. Wo es noch nicht geschehen, empfehlen wir, bei den Gemeindebehörden zu beantragen, die Wahllisten für einige Stunden am Sonntag zur Einsichtnahme auszuliegen.

Ein anderer hochwichtigster Umstand ist, daß die Wahllisten vor dem 1. Oktober angelegt werden, alle diejenigen, welche mit und nach dem 1. Oktober die Wohnung wechseln, nur in dem Bezirk, zu dem ihre frühere Wohnung gehört, wählen können, es sei denn, daß sie eine Abänderung ihrer Adresse während der Auslegung der Wählerlisten noch vornehmen können.

Der Wohnungswechsel am 1. Oktober fällt namentlich für alle größeren Städte und alle Industriebezirke in's Gewicht, daß dadurch unter Umständen das Wahlergebnis geändert werden kann.

Wiederholte Auffklärung ist hier sehr am Platze! Genossen, verabsäumt nicht, was für den Ausfall der Wahlen von Bedeutung ist!

Ein vielfach beliebtes Wahlmanöver unserer Gegner besteht darin, in Kreisen, wo die Arbeiter bei der Wahl eine entscheidende Rolle spielen, die Arbeiterforderungen ohne Weiteres in ihr Programm aufzunehmen. Das erleichtert dann ihren Kandidaten, die Rolle des „Arbeiterfreundes“ zu spielen.

Wir machen die Genossen allerorts auf diese Wahltaktik aufmerksam und raten ihnen, in Wahlversammlungen, Flugblättern u. a. auf den Unwerth solcher schönen Versprechungen hinzuweisen. Nicht was der einzelne Kandidat verspricht, ist maßgebend, sondern das Verhalten der Gesamtpartei, zu der er gehört. Rag z. B. ein Adolph Wagner den Arbeitern noch so viel versprechen, er gehört zu den Konservativen und wird in allen politischen Fragen mit dieser volksfeindlichen Küberbande stimmen, nur wo die Abstimmung vorher entschieden ist, wird man ihm gratuliren, „unabhängig“ zu stimmen. Und ähnlich steht es mit den „Arbeiterfreunden“ der anderen Parteien.

Wozu es vor Allem kommt, ist: Niemand kann zween Herren dienen. Wer um die Stimmen der Arbeiter wohnt, kann nicht zugleich Kandidat der Ausbeuterpartei sein. Das ist den Wählern klar zu machen. Schöne Redensarten haben keinen Werth, die Wahlen sollen bestimmte Forderungen zum Ausdruck bringen.

Entweder — oder, das ist die Parole.

Gute Vorzeichen für die Reichstagswahl! Bei der am 18. August im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt stattgehabten Landtagswahl ward in der Stadt Frankenhäusen der sozialistische Kandidat, Herr J. Hoffmann, Knopfsabrikant, mit großer Majorität gewählt.

In Rannheim fanden jüngst die Ergänzungswahlen zur Gemeindevetretung statt; unsere Genossen, die jeden Kompromiß abgelehnt hatten, drangen in der dritten Wählerklasse mit glänzender Majorität durch; statt 16 Vertreter hat die Sozialdemokratie jetzt 18 Vertreter im Gemeinderath. Freiß auf!

Ein Wahlcoup. Da es den Herren Reaktionen nicht gelungen ist, vor den Wahlen ein paar passende Krawalle und Anarchistereien heraufzubekommen, und da auch der Sechsfachen Prozeß Reinsdorf die beabsichtigte Wirkung nicht erzielen will, so ist man im Rath der Polizeigötter, die bekanntlich mit den Gerichtsgöttern an einer Tafel zu kneten pflegen, auf den sinnreichen Gedanken verfallen, einen „großen“ Prozeß gegen die deutsche Sozialdemokratie zu inszeniren, die sämtlichen Hauptwortführer und Vertreter derselben mit einem Restriktions in's Garn zu bekommen und so womöglich die ganze Partei während der Wahlkampagne lahm zu legen. Gegen die Theilnehmer am Kopenhagener Kongreß soll ein Prozeß auf Grund der §§ 128 und 129 des Reichsstrafgesetzbuchs eingeleitet werden.

Da der Kopenhagener Kongreß schon vor anderthalb Jahren stattgefunden hat und da die unmittelbar nach dem Kongreß demotivirten Verhaftungen und angelegten „Untersuchungen“ zu keinem Resultat geführt haben, obgleich sich die Behörden damals alle erdenkliche Mühe gaben, ein Verbrechen zu konstruiren, so würde man an einen so vollständig absurd erscheinenden Plan gar nicht zu glauben vermögen, wenn nicht durch greifbare, unleugbare Thatsachen jeglicher Zweifel ausgedrückt wäre. Der Prozeß ist bereits eingeleitet, es haben bereits Verhöre stattgefunden.

Also auf Grund der §§ 128 und 129 des Reichsstrafgesetzbuchs soll vorgegangen werden.

Betrachten wir uns zunächst diese beiden heftigen Paragraphen. Sie lauten:

§ 128. Die Theilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Bestehen oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbedingte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von Einem Monat bis zu Einem Jahre zu bestrafen.

Gegen Beante kann auf Verlust der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter auf die Dauer von Einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

§ 129. Die Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu Einem Jahre, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von drei Monaten bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

Gegen Beante kann auf Verlust der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter auf die Dauer von Einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Dies der Wortlaut der beiden Paragraphen, an deren wunderlicher Konstruktion und Logik sich unsere Leser hoffentlich keine Zähne zerbrochen haben.

Man sieht, die Veranstalter des Prozesses meinen es gut. „Gefängnis bis zu sechs Monaten“, „Gefängnis von Einem Monat bis zu Einem Jahre“, „Gefängnis bis zu einem Jahre“, „Gefängnis von drei Monaten bis zu zwei Jahren“ — ungeredet die „Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter auf die Dauer von einem Jahre bis zu fünf Jahren“ — das sind ganz hübsche Strafen, die man für die bösen Sozialdemokraten in potto hat. Es ist das zwar nicht christlich, gehört aber zum „praktischen Christenthum“.

Und wie schau die Falle gestellt ist! Entinnen die bösen Sozialdemokraten, der § 128, so müssen sie doch der noch gefährlicheren Charakters des § 129 verfallen — so denkt vergnüglich der biedere Polizei- und Richterstand.

Diese beiden Paragraphen, oder wenigstens einer von ihnen soll durch die Theilnahme am Kopenhagener Kongreß verletzt worden sein.

Schade nur, daß das Polizei- und Richtergehirn ein Loch hat — ja sogar mehrere, wie wir hernach sehen werden.

Wo ist denn die „geheim“ Verbindung? Wo sind die „unbekannten Obere“? Wo ist überhaupt eine „Verbindung“, welche die in § 129 präskribirten Zwecke verfolgt? Die deutsche Spitzel Polizei sucht seit fast sechs Jahren danach und hat nichts gefunden. Und wird auch nichts finden, wenn sie bis zum St. Nimmerleinstag sucht. Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht und die Spitzel Polizei ihre Mühe verloren.

Was insbesondere die „Geheimheit“ betrifft, so glänzte sie durch flüchtige Abwesenheit beim Kopenhagener Kongreß, der mit einer solchen Offenheit und Oeffentlichkeit vorbereitet worden ist, daß die Vorbereitungen nur deutschen Geheimpolitikern oder „Geheimen“ (Beziehung, Herr von Madail) entgangen sein können, denen bekanntlich die für uns sehr schätzbare Eigenschaft anleibt, nicht einmal das zu sehen, worauf man sie mit der Nase fopft.

In Nr. 35 des „Sozialdemokrat“, offiziellen Organs der deutschen Sozialdemokratie, vom 24. August des Jahres 1882, ist schwarz auf weiß von Jedem, der lesen gelernt hat, ein Bericht zu lesen über die Züricher Konferenz der sozialdemokratischen Fraction, in welchem Bericht schwarz auf weiß in vorgeschriebener angezeigt wird, daß der Parteikongreß im Frühjahr des folgenden Jahres stattfinden werde.

Zum Anfang des Jahres 1883 wird in dem offiziellen Organ wiederholt offen und öffentlich in biden Buchstaben zur Beistand des Parteikongresses aufgefordert.

In Nr. 6 des Parteiorgans vom 1. Februar 1883 ist eine Erklärung enthalten, dahin gehend, daß etwa bestehende Organisationsentwürfe nicht das Recht hätten, Delegirte zum Kongreß zu wählen, und werden die Parteigenossen zu einer Wahl ad hoc, d. h. für diesen bestimmten Kongreß, offen und öffentlich eingeladen.

In Nr. 9 des Parteiorgans vom 22. Februar 1883 wird die Tagesordnung des Kongresses, wieder in biden Buchstaben, offen und öffentlich bekannt gemacht.

Und endlich in den Nummern 16, 17 und 18 des Parteiorgans vom 12., 19. und 26. April des Jahres 1883 wird das Kongreßprotokoll offen und öffentlich aller Welt mitgetheilt.

Wir hatten bisher immer geglaubt, die deutsche Polizei, was auch sonst ihre Mängel sein mögen, könne wenigstens lesen; in diesem Glauben sind wir aber jetzt erschüttert: wir sind zu der Annahme gezwungen, daß sie nicht lesen kann.

Oder sollte sie sich damit entschuldigen wollen, daß das Parteiorgan ihr nicht zu Gesicht komme? Das ließe sich jedoch leicht widerlegen, indem wir den Beweis erbringen können, daß die deutsche Polizei aller Orten sehr pünktlich auf den „Sozialdemokrat“ abonnirt, freilich, abonniren und lesen ist zweierlei, und für Abonnenten, die nicht lesen können, ist, was offen und öffentlich im „Sozialdemokrat“ steht, allerdings etwas „Geheimes“.

Nun, der Polizei darf man solche Gebrechen nicht zu hoch anschreiben, von unseren Richtern aber, die sich doch sämtlich rund um das Duzend-Jährigen mit dem Gymnasium und auf der Universität „studirenshalber“ aufgehoben haben, sollte man eigentlich etwas Besseres verlangen.

Indes wir beschließen uns.

Der richterlich-polizeiliche Analphabetismus (Unkenntnis des Lesens), welcher sich unserem Parteiorgan gegenüber bekundet, waltet übrigens auch dem deutschen Strafgesetzbuch gegenüber, denn sonst wäre es nicht erklärlich, daß den Polizei- und Gerichtsgöttern, die diesen Prozeß veranstaltet haben, folgende Bestimmung des Reichsstrafgesetzbuchs unbekannt geblieben wäre:

§ 4. Beginn im Ausland begangener Verbrechen und Vergehen findet in der Regel keine Verfolgung statt. Jedoch kann nach den Strafgesetzen des deutschen Reiches verfolgt werden:

- 1) ein Ausländer, welcher im Auslande eine hochverräterische Handlung gegen das deutsche Reich oder einen Bundesstaat oder ein Fürstenthum begangen hat;
- 2) ein Deutscher, welcher im Auslande eine hochverräterische oder landesverräterische Handlung gegen das deutsche Reich oder einen Bundesstaat, eine Verleumdung gegen einen Bundesfürsten oder ein Fürstenthum begangen hat;
- 3) ein Deutscher, welcher im Auslande eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des deutschen Reiches als Verbrechen oder Vergehen anzusehen und durch die Gefährdung des Reiches, an welchem sie begangen wurde, mit Strafe bedroht ist.

Nun sind aber die Theilnehmer am Kopenhagener Kongreß weder Ausländer noch haben sie Hochverrath, Majestätsbeleidigung oder ein Minderverbrechen begangen, und fernermal das, was sie in Kopenhagen gethan, in Harmonie mit dem deutschen Gesetze, das keine Beschränkung des Versammlungsrechtes kennt, gethan wurde, die Theilnehmer am Kongreß also nicht eine Handlung begangen haben, welche durch die Gefährdung des Reiches, an welchem sie begangen wurde, mit Strafe bedroht ist, so ist es klar wie die Sonne, daß der § 4 des Reichsstrafgesetzbuchs eine Verfolgung wegen des Kopenhagener Kongresses ausschließt.

Dies zur juristischen Klarstellung.

Zurück zu einer Unmöglichkeit, kann der Prozeß bloß eine politische Bafis haben. Und diese ist ja auch mit Händen zu greifen. Es handelt sich um einen Wahlcoup gemeiner Sorte, den der erstreaktionäre fälschliche Justizminister Kbelen aus Kommando dem preussischen Oberkommandanten, für welche er die Kasanien aus dem Feuer holen soll, in Szene gesetzt hat und zu dem man das Chemnitzger Gericht gebrauchen zu können glaubt.

Nun, bisher hat es keine Erwartungen gerechtfertigt.

gung der Arbeiter, wäre das wohlbekannte Partnersh...
Nun, über die wohlthätigen Folgen dieses Systems brauchen wir uns wohl kaum noch auszulassen. Die Arbeiter wissen, was da hinter steckt. Und ebenso gut, ja noch besser, wissen es die Kapitalisten. Das hat sich längst in Frankreich wieder auf dem Kongress der „Vereinigung zur Beförderung der Wissenschaften“ gezeigt. Dort hielt in der Abtheilung für Volkswirtschaft Herr Chaix, Direktor einer der größten Pariser Druckereien, einen Vortrag über die wohlthätigen Folgen dieses Systems. Der Lobgesang gipfelt nach dem Bericht des „Allgemeinen Handelsblat“ in folgendem Schlusssatz:

„Herr Chaix versichert, daß er sich bei diesem System sehr wohl befindet. Die Arbeiter leisten mehr und bleiben länger in derselben Fabrik. Während des Schiffschiffers im Jahre 1878 wurde er nur von 82 Arbeitern (auf 1200) im Stich gelassen und darunter war kein einziger, der zu den Antheilberechtigten gehörte.“
Das genügt!

— Welcher Geist über der „heiligen Allianz“ in Stiernewice gewaltet, geht aus der Thatsache hervor, daß Lisa, nachdem er mit dem österreichischen „Bismard“ Kainofy eine Unterredung gehabt, den Belagerungsstand für Ungarn proklamirte, und Bismard nach seiner Rückkehr von dem „weltgeschichtlichen“ Reste der „Norddeutschen“ Kommando gab, gegen Vennigsen Front zu machen, der auf dem Parteitag der Hannoverischen Nationalliberalen es genügt hatte, die schwarze Seele des Bismard'schen Ministeriums, Herrn Buttflamer, zu attackiren. Dafür durfte dann Vindler, der just Tags zuvor Vennigsen gelobt und auf die Pentrußleute geschimpft hatte, diesen seine Anerkennung über die Mäßigkeit ihres Vahlauftrages — derselbe ist allerdings nicht Fleisch und nicht Fisch — zollen, was der Geheimne Kommissionsth mit freudigem Wobeln auch sofort betonte. Alles natürlich, um den braven Nationalliberalen, die den Kopf etwas zu erheben wagten, zu Gemüthe zu führen, daß sie nur von Bismard's Gnaden existiren und keine eigene Meinung haben dürfen. Es wird also fortgeputzelter.

— Bismard's Söhnelein sind wieder einmal befördert worden. Die alte Geschichte! „Da wurden seine Geschwister“ u. Spahast ist nur, daß Herbert, der zum Major ernannte, einen ebenso großen Abscheu hat vor dem Schießpulver, wie der „Hoh“ vor dem — Infantenpulver.

— Sozialistische Reichstagskandidaturen. Ragdeburg: August Heine, Hutmacher in Halberstadt. 9. sächsische Wahlkreis (Striegau, Freiberg, Schweidnitz); Oswald Richter, Drechslermeister in Striegau.

— In Zürich sind die Anarchisten Reue und Kaufmann, sowie die Wittwe Stellmacher verhaftet, letztere aber nach einigen Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Ob die Behörden Anhaltspunkte haben, daß dieselben bei gemeinen Verbrechen theilhaftig, wissen wir nicht; was bisher in dieser Beziehung verlässliche, betraf nur die politische Thätigkeit der Genannten. Wir halten einstweilen mit unserem Urtheil zurück, die Anarchisten haben ja leider selbst dafür gesorgt, daß man bei ihnen in dieser Beziehung stets im Unklaren ist.

— Der Anarchist Anton Kammerer ist am 20. September in Wien „kriegsdrehtlich“ erhängt worden. Sein Prozeß wurde hinter verschlossenen Thüren geführt. Die Geständnisse, die er angeblich abgelegt, sind bekannt. Er soll ausgesagt haben, daß er der Mörder des Polizeibeamten Hubel sei und daß er in Gemeinschaft mit Stellmacher und einem Dritten den Stuttgarter, Straßburger und den Eisert'schen Raubmord verübt. Ob er dies Geständnis freiwillig abgelegt, ob es ihm erpreßt wurde, bleibt Geheimnis des Kriegsgerichts. Nach dem offiziellen Bericht hat Kammerer bis zuletzt keinerlei Reue über seine That zu erkennen gegeben und ist mit dem Trope des Fanatiklers gestorben. Und damit ist der „Gerechtigkeit“ Genüge geschehen.

— Ein echter Apostel der Religion der Liebe. Nach der Einrichtung Kammerer's richtete der zu seiner „Seelsorge“ abkommandirte Pfaffe Koles folgende, die Borntheit der kirchlichen Denkweise in drastischer Weise charakterisirende Worte an die Truppen — vorsichtigerweise hatte man ungarische Truppen zu dem Abdeckerat kommandirt:

„Wie er gelebt, so ist er gestorben! Der Riffethäter, der das Herz gehabt hatte, sieben Menschenleben zu vernichten, der gegen Geseß, Kaiser und Staat sich vermessend, ist dem zeitlichen Gerichte verfallen und mußte enden, wie dieser geendet. Doch wie er hier auf Erden keine Gnade gefunden, wird ihm eine solche auch im Himmel nicht beschieden sein, denn er hat bis zum letzten Augenblick den Glauben und die Kirche verleugnet — er ist auch ohne Glauben gestorben.“

Obt es einen roheren, brutaleren und zugleich kindischeren Materialismus, als der sich in diesen Worten ausdrückt?

Korrespondenzen.

9. sächsischer Wahlkreis. Striegau, Freiberg, Schweidnitz
Um das Parteiorgan nicht unnüthig in Anspruch zu nehmen, macht das unterzeichnete Komite bekannt, daß unser Kandidat zur bevorstehenden Reichstagswahl Herr Drechslermeister Oswald Richter in Striegau ist. Derselbe ist als ein langjähriger, treuer Parteigenosse im ganzen Kreise bekannt, und so hoffen wir, daß jeder Arbeiter es als seine Ehrenpflicht betrachten wird, für denselben zu stimmen. Darum frisch auf zur Wahl! Mit sozialdemokratischem Gruß

Das Wahlkomite.

Aus dem 19. sächsischen Wahlkreis (Stollberg, Schneeberg).
Mitte September. Die Wahlbewegung ist bei uns sehr schön in Fluß gekommen. Die vorige Woche war unser Kandidat Liebknecht in dem Wahlkreise und hielt vier Versammlungen ab: in Geyer, Stollberg, Riederwärschnitz und Thalheim. Später wird Liebknecht noch nach Schneeberg, Delsnitz und Löhnitz gehen. Die vier erwähnten Versammlungen waren sehr gut besucht — auch Gegner fanden sich ein, von denen sich jedoch, außer in Geyer, keiner hervorwagte. In Geyer verlegte es ein Kaufmann (der sich übrigens, was von dem Referenten ausdrücklich anerkannt wurde, eines durchaus anständigen Tones befleißigte), durch einige Interpellationen unseren Kandidaten und unsere Genossen in Verlegenheit zu bringen, erreichte jedoch bloß, daß Liebknecht sich schließlich noch in eingehendster Weise über die Konsequenzen und letzten Ziele der Sozialdemokratie ausgesprochen und dadurch manchen Schwankenden von seinen Zweifeln kuriren konnte. Die Versammlung hatte auf die Wählerschaft eine ausgezeichnete Wirkung, was selbst von Gegnern anerkannt werden mußte. Welcher Umschwung gegen sonst! In Geyer wurden früher, vor dem Sozialistengesetz, unsere Versammlungen regelmäßig von Gegnern gestört, einmal gesperrt, so daß seit Jahren keine Versammlung mehr dort stattfinden konnte. Aber die Verhältnisse haben vortrefflich für uns agirt. Der Verdienst ist schlecht, das Postamentirgeschäft, das in Geyer vorherrscht, liegt, gleich der Strumpfwirkerlei, der Stapelindustrie des ganzen Wahlkreises, vollständig darnieder; die Versprechungen des Herrn Ebert haben sich als ebenso viele Lügen erwiesen, und der Führer der Gegner, ein reicher Geldprozeß, der bei jener Versammlungspredigtung die erste Rolle spielte, hat für das praktische „Theilen“ eine so lebhafteste Begeisterung verrathen, daß er diesen Sommer, nach längerer Unterjochung, wegen betrügerischen Bankrotts vom Schwurgericht zu Chemnitz zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt werden mußte. Auch verschiedene Verwandte und Angehörige (z. B. der Buchführer) des Mannes — Grunert ist sein Name — waren in die theilnehmenden Geschäftsmanipulationen verwickelt und mußten ebenfalls auf längere Zeit nach Waldheim geschickt werden. Daß die Gegner es unter diesen Umständen nicht für klug halten, und das „Theilen“ zum Bormwurf zu machen, das begreift sich.

In Stollberg, wo die Konservativen des Wahlkreises ihre Hauptkräfte und ihr Hauptquartier haben, forderte Liebknecht, nachdem er die „Sozialreform“ einer unheimlicheren Kritik unterworfen hatte, die (allerdings in geringer Zahl) anwesenden Freunde des Herrn Ademann und Kon-

forten zur Debatte heraus, aber keiner getraute sich, den Handschuh aufzunehmen, was natürlich auf unsere Genossen einen ebenso ertheuernden, als auf die Gegner niederdrückenden Eindruck machte. Die Gegner rückten sich des andern Tags, indem sie in das „Chemnitzer Tageblatt“ schrieben, die Versammlung sei nur schwach besucht gewesen und vor Ende des Vortrags von vielen (!) Arbeitern verlassen worden. Nun, die „vielen Arbeiter“ in der „schwach besuchten“ Versammlung sind bis zu Ende geblieben, entfernten haben sich vor Schluß bloß zwei oder drei Frauen, jedoch nicht freiwillig, sondern weil die Polizei es verlangte, da die Versammlung keine Volks-, sondern eine Wählerversammlung war. In derselben Notiz von der „schwach besuchten Versammlung“, aus der sich „viele Arbeiter“ vor Schluß entfernten, befindet sich ferner in gewaltiger marktschreierischer Weise: „Der Wahlkreis ist in Gefahr! Wenn die Konservativen sich nicht sofort aufstellen, so geht er an die Sozialdemokraten verloren!“ Nun, „verloren“ wird er an uns nicht gehen, sondern einfach an uns zurückfallen, denn er gehört uns. Bei der letzten Wahl hatten die Gegner nicht mehr Stimmen als bei der vorhergehenden Wahl, wo sie (mit dem famosen Ordnungskandidat Ludwig Löwe, Musterfortschrittler aus Berlin) uns das Feld räumen mußten. Wir unterlagen das letzte Mal, weil die Hälfte unserer Leute nicht stimmten. Diesmal wird es aber Borausicht nach anders sein. Ich würde mich bestimmter ausdrücken, allein der Wahlkreis ist so außerordentlich weitausläufig und zerstreut, daß man das Ganze nicht leicht übersehen kann. Genug, wir werden unsere Wahlkraft thun, und die aktiven Genossen gehen in den heutigen Wahlkampf mit der festen Hoffnung, zu siegen. Jedenfalls wird die Scharte von 1881 ausgeweht und die Ehre des 19. sächsischen Wahlkreises wieder hergestellt werden!

Glasgow, 14. Septbr. Am 30. August starb unser Kollege und Parteigenosse, der Glasmacher Louis Schneider, acht Tage nach seiner Ankunft in Dresden, im Alter von 25 Jahren. Ein langjähriges Nieren- und Lungenleiden nöthigte ihn, seine Arbeit hier aufzugeben, und der Tod machte seinem noch so jungen Leben ein schnelles Ende. Wäre er ein Kind vermöglicher Eltern gewesen, so hätte er der hartnäckigen Krankheit entgehen können, aber so wie alle Proletarierkinder mußte er von seiner frühesten Jugend, schon während der Schulzeit, in der Glasbläse arbeiten, und diese so schwere und körperaufreibende Arbeit der Glasmacher legte den Keim zu seinem Leiden und kürzte sein Leben. Seit einigen Jahren gehörte er voll und ganz unserer Partei an und trug jederzeit sein Scherflein bei zur Verbreitung unserer Ideen für die Befreiung der Arbeiter aus der Knechtschaft. Ehre seinem Andenken!
Seine Kollegen in Glasgow und Ailsa (Schottland) und Castleford (England).

Zur Wahlkacht.

Deutsche Proletarier all,
Wieder steht Ihr vor der Wahl!
Tretet drum zur Urne an,
Aber wählt den rechten Mann!

Kein Philister, kein Baron,
Kein Minister, noch sein Sohn,
Keiner aus den hohen Reich'n
Kann des Volkes Anwalt sein.

Nur ein Mann aus Deiner Ritt'
Sei's, o Volk, der Dich vertritt.
Wer die Macht schon hat im Staat,
Hat kein Recht auf's Volksmandat.

Wahrlich, es ist hohe Zeit,
Daß die Arbeit werd' befreit
Von dem Druck der Sklaverei, —
Weg mit Bismard's Schwinderei!

Fühst Du nicht die Roth und Pein?
Hörst Du nicht der Kinder Schrei'n?
Rühret Dich ihr Klagen nicht,
Wenn's im Haus an Brod gebricht?

Proletarier, auf zur That!
Denn die Zeit der Wahlkacht naht.
Wirte, willst Du leben frei,
Mit am Sturz der Tyrannei!

Baue fest auf Deine Sach',
Laß im heil'gen Kampf nicht nach,
Bis die Ketten sind zersprungen
Und die Freiheit ist errungen!

Vormwärts! Ob der Feind auch droht,
Ob die Brandung wüthend tobt;
Von der Lfssee bis zum Rhein
Laßt ein einzig Heer uns sein!

Stehet fest zum Bunde all!
Rief uns sterbend zu Laßak!
Deut' erinnert Euch daran
Ein Kam'rad, ein Arbeitermann!

Der rothe Hahn in 3.

An die Vertrauensleute.

Es wird wiederholt und dringend ersucht, von allen Partei-Publikationen (Flugblättern, Broschüren u. s. w.), die in Deutschland oder im Ausland erscheinen, dem Parteiarchiv mehrere Exemplare zuzusenden.

Die Archivverwaltung.

Quittung.

Von den deutschen Genossen in Bern haben wir zum Besten unserer Inhabitirten die Summe von 15 Fr. erhalten (Liste Nr. 31), wofür wir ihnen, sowie namentlich den freundlichen Vermittlern, den Genossen Schättgen und Schiele, an dieser Stelle noch unseren ganz besonderen Dank sagen.
Am 13. September 1884.

Das Komite polnischer Sozialisten.

Braunschweig.

Zu dem bevorstehenden Wahlkampf in hiesigen Wahlkreise sind uns von den Braunschweigischen Parteigenossen in New-York 141 Mark 85 Pfg. zugegangen, was wir hiermit dankend quittiren.

Die Braunschweiger Vertrauensleute.

Achtung!

In Kopenhagen kämpfen die Bergolder gegen eine Lohnherabsetzung von 15 bis 40 Prozent.
Zuzug ist fernzuhalten.
Unterstützung erbeten an

H. Andersen,
Tammer Kroq Adelgade
Kopenhagen.

Briefkasten

der Expedition: B. B.: Alles in Ordnung. — Ferd.: Chargebl. und spätere Notizen eingetr. — Weiteres per Berrina. — Feuerblume: Mit Mehrblättern. Weiteres künftig durch Bgr. Sanftmuth. Bf. am 23. fort. — Roland: Eingetroffen. Warum Nr. nicht bezeichnet? — Berrina: Bf. u. notirt. Erwartetes nicht fort. Bf. am 23. geantw. — Michel Stieber: Avisirtes bis 24. nicht eingetr. — b-dr. M.: Weil. an C. befragt. Nachr. v. 22.9. erh. u. beantw. — Feuerländer: Nr. 50 — u. Nr. 35 — à Cto. gutgeh. Bf. am 24.9. abg. — Ty. J.: Nichts — Rathide: Bf. vom 17. u. 19.9. erh. und beantw. Bf. folgt nach Vorschritt. — Stillvergnügt: P. R. und Bf. mit Bf. hier. Antw. am 23.9. fort. — Rona: Bf. vom 9. und 17.9. befragt und beantw. — Rother Voigtländer: Bf. u. freuten sich laut Mißg. vom 23. ds. — Bf. v. J. ab 1. Ck. eingereicht zu Deinen Lasten. — Himmell —: M. noch nicht hier. Da nicht alles Lärmen nicht. — Feldhauptmann: Frankfurt war damals zugefanden, also nur Nr. 450 befre. — Heinrich: P. R. am 19.9. erhalten. Erwarten baldig Weiteres. — Enkel: Klapp's jetzt? — Redar: Ist Dreifachblätteriger eingetroffen? — Rothtragen a. b. Cisar: Nachr. vom 14.9. unklar, laut Antw. vom 17.9. an C. — v. d. Eider: Bf. am 17.9. fort. Weiteres hoffen erlabigt. — Castleford, Th. B.: Senden Sie Wahlgelber nach Belieben hierher oder a. b. Wahlr. — Pidelhaube: Bf. war unterwegs. Rein. u. Porto dtd. b. Wfd. zugem. — Rothbart: Nr. 300 — à Cto. erh. Weiteres lt. Kuffl. gutgeh. Alles beachtet. — Fuchs: P. R. v. 22.9. erh. Ja. 2. ist derselbe, nach dem wir am 27.5. bei Ihnen anfragen. Weiteres notirt und befragt. — Dreyfuß i. L.: Gut. — Morgencoll R.: Bestellt. kostet 25 Cts. Strapporto, da nur mit 10 Pfg. frankirt. — Joppen: Da reklamiren, wohin bezahlt. Unseres fiele Bf. 80. Bf. Weiteres. — Wbalbert: Nr. 150 — à Cto. alter Rest erh. Weiteres angenehm. — J. St. Stg.: Nr. 480 Nr. 4. Du. erh. — Bruno: Nr. 130 — Nr. 2. Du. erh. Bf. Weiteres. Bf. fort. Bf. ist nur nach den örtlichen Verhältnissen korrekt beurtheilbar. — b.: Nr. 81 40 à Cto. Abon. erh. Hoffentlich bald weitere Aufschlüsse. — W. Bf.: Fr. 9 — f. Schft. erh. — J. Bernstein: Nr. 5 — Abon. 3. Du. und Nachr. vom 20.9. erh. Bf. mehr. — Karat R.: Bf. erh., folgt B. nur gegen baar. — C. Krst. Karat: Fr. 8 30 Nr. Sept. u. Schft. erh. — Frauenfeld, Dfgr. Ber.: Fr. 9 — Nr. 3. Du. erh. — R. R. Serna: Fr. 2 50 Nr. 4. Du. erh. Weiteres durch R. R. — Sch. D. D.: Nr. 4 40 Abon. 4. Du. erh. — J. R. J. G.: 20 Pfg. f. d. R. B. ds. erh. — P. i. S.: Nr. 25 20 Nr. 3. Du. erh. Bf. folgt. Weiteres nach Wunsch. — G. G. G.: Nr. 5 — Nr. 4. Du. und à Cto. 1. Du. gutgeh. — Redaripipe: Nr. 1 — pr. Agf. ds. ds. erh. Falsche Adr. räthselhaft, da stets ohne — adressirt. Bf. folgt. — Rother Franz: Bf. sofort beantw. am 24.9. — Newyork, K. One.: Bf. v. 11.9. hier Antw. demächst. — C. H. B. London: Bundesräthe 7. Betr. Ber. fassungswesen werden Nachfrage halten.

Anzeigen.

In unserem Verlage ist erschienen:

Das Recht auf Faulheit.

Aus dem Französischen.

Von

Paul Lafargue.

Preis:

Bei Einzelbezug für die Schweiz und das Ausland: 20 Cts.

„ „ „ „ Deutschland: 15 Pfg.

Bei größerem Bezug entsprechender Rabatt.

Expedition des „Sozialdemokrat“

und

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Durch uns ist zu beziehen:

Münchener Polizeizustände.

Preis: 15 Pfg. = 25 Cts.

Expedition des Sozialdemokrat.

Folksbuchhandlung.

Hottingen-Zürich.

Billige Schriften.

Der Unterzeichnete wünscht sein fast vollständiges Lager in sozialistischen Schriften in deutscher und englischer Sprache zum Kostenpreis (Zürich) zu verkaufen. Einzeln oder im Ganzen.

Personen oder Sektionen, welche darauf reflektiren, wollen sich wenden an

[200] Herrmann Ritsche, 548, 9. Ave, New-York City.

Sozialistische Arbeiterpartei.

Sektion Philadelphia.

Unser Auskunfts-Bureau befindet sich:

1,25] Callowhill Street 325 in F. W. Fritzsche's Lokal.

Einladung zum Abonnement.

„Der Sozialdemokrat.“

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

erschint wöchentlich einmal in Zürich.

Auf dem Wühnerkongress zum offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt, daß das Blatt eine Verbreitung gefunden, wie sie bei seiner Gründung kaum erhofft werden war. Auf dem Kongress zu Boppenhausen kamt deshalb mit Begeisterung gesagt werden, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Organ die mächtigste Waffe gegen das über sie verhängte Kuhnmaßgesetz besitze.

Das Abonnement auf das Blatt ist durch dieses Gesetz nicht verboten, sondern nur die Verbreitung, und zu letzterer haben sich fast alleorts energische und aufopferungsfähige Genossen genug gefunden (und werden sich auch ferner finden), welche bereit sind, eornstlich ihre Freiheit zu wahren, um unserer gerechten Sache dienbar zu sein — ebenso wie sie es auch vor dem Kuhnmaßgesetz gethan haben!

Obwohl nun an den meisten Orten, wo der Sozialismus Boden gefunden, das Blatt eine durchaus betriebene Abonnentenzahl hat, so gibt es doch noch eine Reihe anderer, wo bedeutend mehr gelesen wurde, und zudem eine weitere Anzahl, wo das Organ noch gar keinen Eingang gefunden.

Es ist daher nicht jedes Genossen, für die weitere Verbreitung des Blattes unermülich thätig zu sein und besonders dahin zu wirken, daß an solchen Orten endlich der Mann gebroden wird und das Parteiorgan die ihm gebührende Beachtung findet.

Über die Bedingungen des Blattes sind die Genossen im Allgemeinen unterrichtet; selbstverständlich können wir hier keine längeren Angaben über dieselben machen, sondern es müssen sich die Genossen, welche dieses Blatt zu erhalten wünschen, an die betheiligten Vertrauenspersonen in Deutschland wenden.

Das Abonnement beträgt der Zahlungen in Brief direkt aus der Schweiz pro Exemplar und Quartal Nr. 4.50, bei Zahlungen in Deutschland Nr. 5.00. Die Zahlungen kann per Giroüberweisung in Papiergeld und Briefmarken oder per Postanweisung erfolgen.

Bei Bezug von zehn Exemplaren an wird das Blatt franco für Nr. 1.50 geliefert. Möglich größter Bequemlichkeit werden vorher brieflich genauere Mittheilungen gemacht und Verfallensbedingungen angegeben. Für diesen Zweck ist sofortige Mittheilung überer Brief-Adressen hierher unerlässlich.

Wohlan denn, Genossen und Freunde allerorts, erhebt den Sammel- und Werber zur fortgesetzt ausdauernden Arbeit, zum unabgessenen Kampf, zum endlichen Siege!

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“

Hottingen-Zürich.

Schweizerische Genossenschaftsdruckerei Hottingen-Zürich.